

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Postweg.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14

Donnerstag den 17. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Prüfung eine Beilage.

Kulturkampf in Frankreich.

In der französischen Deputiertenkammer findet in diesen Tagen ein harter Kampf um die kirchlichen Vereinigungen statt. Die „Tobte Hand“ hat in Frankreich ungeheure Vermögen — bewegliches und unbewegliches — zusammengebracht. Die Orden haben große Ländereien in ihrem Besitz, treiben Geschäfte und häufen so Reichtum auf Reichtum. Ihre Besigungen an Liegenschaften geben sie vorgetriebenen Personen zu eigen, oder sie schließen zum Schein Verkaufs- oder Mietheverträge ab, kurz, sie machen allehand Schieibungen, um der Besteuerung und der Kontrolle der Staatsbehörden zu entgehen.

Das Gesetz Waldeck-Roussau soll diesem Treiben vorbeugen, die Ordensgemeinschaften unter schärfere Aufsicht des Staats bringen. Es ist des Ministerpräsidenten ureigenstes Gesetz; den Plan, den Ordensbrüdern zu Leibe zu gehen, trägt er schon lange mit sich herum; bereits im Jahre 1882 brachte er einen ähnlichen Entwurf ein. Zwei Jahre vorher, im Jahre 1880, unter der Präsidentschaft Greys, hatte man schon einen Versuch gemacht, sich der Macht der Jesuiten zu entledigen. Diese wurden durch Dekret des Landes verwiesen, ein andres Dekret forderte die übrigen Ordensgemeinschaften auf, innerhalb dreier Monate die staatliche Genehmigung nachzusuchen. Damals wie heute schrie die schwarze Bruderschaft über Unterdrückung, auf einmal schwärmte sie für „Gewissensfreiheit“, für die „Menschenrechte“, ja für — die „Freiheit der Wissenschaft“.

Die Dekrete des Jahres 1880 geriethen bald wieder in Vergessenheit, von vielen Behörden waren sie nur lau angewandt worden. Die Jesuiten, von denen die meisten überhaupt nicht außer Landes gegangen waren, kamen zurück; die Kongregationen gediehen weiter und vermehrten sich. Mit dem Anschwellen ihrer Reichthümer wuchs ihre politische Macht und heute befinden sich in Frankreich die Schule, die Armee und zum Theil die Civilgewalten in den Händen oder doch unter dem Einfluß des Klerikalsimus. Der Dreihundhandel hat gezeigt, welche Macht der monarchisch-klerikale Flügel des Generalstabs in der That besitzt; trotzte er doch selbst den höchsten Vertretern der Regierung.

Um die Einkünfte und den Besitzstand der geistlichen Ordensbrüder authentisch festzustellen, hat nun die Regierung eine Enquete veranfaßt. Ob sie freilich imstande gewesen ist, alle Vermögen der Klöster etc. statistisch zu erfassen, muß bei dem bekannten Geschick der Ordensgemeinschaften, ihren Besitz zu verstreuen oder zu verschleiern, bezweifelt werden. Festgestellt wurde jedenfalls, daß die „autorisierten“, von dem Staat anerkannten Religionsgesellschaften Frankreichs über ein Vermögen von ein und einer halben Milliarde verfügen.

Dieser Tage ist nun den Deputierten die genaue Statistik über die Grundstücke der Religionsgesellschaften, deren Werth und Revenuen zugegangen. Dieser Band umfaßt 1043 Seiten, der zweite Band ist noch unter der Presse.

Nach diesen Erhebungen, die vom Finanzministerium auf Grund der Eintragungen und der Steuertabellen angestellt sind, besaßen die Religionsgemeinschaften am 1. Januar 1900: 48 757 Hektar Grundbesitz, welcher einen Kapitalwerth von 1 Milliarde und 457 Millionen Frank repräsentirte und der im Jahre 47 Millionen Frank Revenuen abwirft. Das Vermögen vertheilt sich auf die einzelnen Kongregationen wie folgt:

Jesuiten (Mutterhaus in Rom) nach dem Kataster 503 Hektar, 93 Ar, 40 Centiar, Verkaufswerth 48 925 480 Fr.
Soeurs de Saint-Vincent de Paule (Mutterhaus in Paris, 140, Rue du Bac) 1714 Hektar, 44 Ar, 77 Centiar, Verkaufswerth 63 624 007 Fr.
Petites Soeurs de Pauvres (Mutterhaus in Saint-Pern, Deb. Jle-et-Vilaine) 364 Ha., 50 Ar, 30 Ca., Verkaufswerth 27 090 020 Fr.
Dames du Sacré-Coeur (Mutterhaus in Paris, Boulevard des Invalides 33), 239 Ha., 3 Ar, 60 Ca., Verkaufswerth 32 584 000 Fr.
Frères de l'Ecole chrétienne (Mutterhaus in Paris, 27, Rue Dubinoi), 1820 Ha., 59 Ar, 34 Ca., Verkaufswerth 85 947 035 Fr.
Assumptioisten-Patres (Mutterhaus in Paris, 8, Rue François Ier), 187 Ha., 85 Ar, 91 Ca., Verkaufswerth 3 690 830 Fr.

Franziskaner gen. Minoriten (Mutterhaus in Rom), 36 Ha., 80 Ar, 28 Ca., Verkaufswerth 3 829 400 Fr.
Missionäre des Sacré-Coeur (Mutterhaus in Jssoudun), 94 Ha., 71 Ar, 22 Ca., Verkaufswerth 1 000 000 Fr.
Zélatrices de la Sainte-Eucharistie (Mutterhaus in Paris, 60, Rue du Douai), 2 Ha., 75 Ar, 53 Ca., Verkaufswerth 1 500 000 Fr.

Bei den Erhebungen stellte sich heraus, daß die frommen Brüder den Staat in der unerschämtesten Weise betrügen, indem sie sich der Steuerzahlung entziehen. So versteuern die Jesuiten nur Liegenschaften im Werthe von 100 000 Fr.; für die übrigen 48,8 Millionen Frank haben sie die Steuern dadurch hinterzogen, daß sie eine Privatperson als Eigenthümer angeben. Die Assumptioisten und die Patres vom „heiligen Herzen“ besitzen nach den Steuerrollen überhaupt keine Liegenschaften, sondern sind angeblich nur die Miether der vorgeschobenen Eigenthümer, die jedoch durch vorgefundene Gegenbriefe ihre Miether als die wahren Eigenthümer anerkennen. Die Schulbrüder besitzen 24 Millionen „direkt“, während 62 Millionen auf andere Namen verzeichnet sind, indes die pflegenden Schwestern des heiligen Vincent direkt 21½ Millionen, indirekt 42 Mill. besitzen.

Paris, wo eine große Anzahl Religionsgesellschaften ihr „Mutterhaus“ haben, nimmt im Bericht allein 36 Seiten in Anspruch. Danach bestehen in der Reichshauptstadt acht autorisirte Religionsgesellschaften für Männer; einzelne haben Vermögen von vielen Millionen. Außer den Autorisirten bestehen auch Nichtautorisirte für Männer sowohl als auch für Frauen. Der Besitzstand der Pariser Religionsgesellschaften beläuft sich im Ganzen auf 134 Hektar im Werthe von 192 Millionen Francs. Dazu kommen noch 269 Hektar im Werthe von 33 Millionen Fr. in der Umgebung der Hauptstadt.

Auf Seiten der Regierung steht die gesammte Linke bis weit hinüber nach rechts. Alle Fraktionen sind zusammengetreten und haben bereits in einer Kommission die Vorlage behandelt; die Ministern, die sich ebenfalls anschließen wollten, wurden nicht zugelassen. Für die Verhandlungen sind 5-6 Tage angelegt. Den Standpunkt der Sozialisten wird der Genosse Viviani vertreten, für die Regierung wird Waldeck-Roussau selbst sprechen. Auf äußerst stürmische Debatten kann man gefaßt sein.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübeker Volksbote“.)

Berlin, den 15. Januar 1901.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit der Duellinterpellation des Zentrums, die der Abg. Trimborn begründete. Der Fall, der dieser Interpellation zu Grunde liegt, ist bekannt: Mitglieder einer katholischen Studentenverbindung, die um ihre Beförderung zu Reserveoffizieren nachsuchten, wurden einem Verhör über ihre Stellung zur Duellfrage unterworfen und fielen bei der Wahl, die bekanntlich vom Offizierskorps des betreffenden Regiments vorgenommen wird, durch; ersichtlich deshalb, weil die Verbindung, der sie angehören, prinzipiell den Zweikampf verweigert. Herr Trimborn behandelte in recht zäher Weise den Fall; der Kriegsminister v. Goßler gab eine matte, ausweichende und nichtsagende Antwort. Und doch gaben sich mit ihr nicht nur die Parteien der Rechten, für die der alte v. Levetzow und die Reichsparteiler v. Kardorff und v. Bernstorff-Lauenburg das Wort führten, zufrieden; auch der Nationalliberale Büsing hüllte sich in den Mantel wehmütiger Resignation und frug mit seinem Landsmann Fritz Reuter: „Was schall ich dorbithun? (Was soll ich dabei thun?)“ Wiehr noch, auch die Redner der Partei, die doch die „nächste dazu“ war, nämlich des Zentrums, wagten es nicht, irgendwie kästlich aufzutreten; Herr Dr. Bache stimmte nach einigen milden Schwadronen einen Lobhymnus auf das Offizierskorps an und als Dr. Lieber unter dem Eindruck der Ausführungen unseres Genossen v. Bollmar etwas schärfer sprach, erhielt er nur spärlichen Beifall von seinem Gesolge. Bedeutend energischer schon äußerten sich die Redner der bürgerlichen Linken, die Freisinnigen Dr. Müller-Sagan und Dr. Pachnide; den Boel aber schloß der Redner unserer Fraktion Georg v. S. mit seiner groß-

angelegten und gutdurchdachten Rede ab: er war fast der einzige, der die Frage von einer höheren allgemeineren Warte aus betrachtete und behandelte.

Wie Bollmars Rede den Höhepunkt des ersten Theils der heutigen Sitzung bildete, so stand Bebel's Rede über die Sozial- oder vielmehr Antisozialpolitik des Reiches im Mittelpunkt des zweiten Theils, der durch die Fortführung der Berathung des Etats des Reichsamts des Innern ausgefüllt wurde. Bebel brachte interessante Beiträge zur Naturgeschichte des verflohenen v. Büttcher vor und fertigte die Schreier, die nach einer Abänderung der Bäckereiverordnung sich sehnen, gründlich ab. Große Heiterkeit erregte es, als er ein feines Liedlein citirte, das die Herren Bäckermeister auf einem Verbandstage gesungen haben.

Graf Posadowsky antwortete so gut oder vielmehr so schlecht, als es ging, auf die heutigen Angriffe Bebel's und die gestrigen Horns. Die Neugierde Agrar-Röth's wegen des Termins, da der neue Posttarif das Licht der Welt erblicken wird, sah er sich außer Stande. Der nationalliberale Abg. Möller-Düßburg wünschte, daß der Tarif noch am Schlusse dieser Session einlaufen möge, damit er während des Sommers in einer Kommission berathen werden könne. Im Uebrigen suchte er auf der einen Seite Herrn Boel reinzuwaschen, auf der anderen die sozialpolitische Differenz zwischen ihm und seinem anderen Parteigenossen Bassermann als ganz harmlos und unbedeutend hinzustellen; außerdem vertheidigte er noch einige girtende Locktöne an die Adresse der Agrarier: kurzum, er war ganz Frieden, ganz Veröhnung.

Am morgigen Schweringstage sollen die Anträge über die Gewerbegerichte weiter berathen werden.

26. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Kriegsminister v. Goßler.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Duell-Interpellation des Abg. Trimborn (3):

„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß zur Vorbereitung einer Wahl zum Reserveoffizier in Köln den Allerhöchsten Befehlen zuwider Nachforschungen über die grundsätzliche Stellung der Aspiranten zum Zweikampf angestellt, daß die Ergebnisse bei der Wahl zur Sprache gebracht, und daß daraufhin diejenigen Aspiranten, welche Stellung gegen den Zweikampf genommen hatten, nicht gewählt worden sind?“

Was hat der Herr Reichskanzler gethan, um die in Betracht kommenden Stellen zur Verantwortung zu ziehen?“
Kriegsminister v. Goßler erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Trimborn (3): Die Vorgänge, auf die sich meine Interpellation stützt, haben in meiner Vaterstadt große Erbitterung hervorgerufen. Die Aspiranten, die einer das Duell verwerfenden studentischen Korporation angehören, sind direkt gefragt worden, wie sie zum Duell stehen. Einem der Aspiranten wurde sogar die schriftliche Erklärung abverlangt, „daß er seine Ehre niemals im Wege des Zweikampfs wahren werde“ mit der Begründung, daß müßten die Herren bei den Wahlen wissen. (Hört, hört! b. d. Sog.) Eine Beschwerde der Aspiranten bei der Brigade wurde als begründet erachtet und die Einleitung des Refusés angeordnet. Gegen den Herrn, dem die schriftliche Erklärung abgefordert war, wurde inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen einer unrichtigen dienstlichen Angabe eingeleitet, worauf 2 bis 3 Monate Gefängniß stehen. Der Vorsitzende des Ehrenrathes hatte nämlich die Angabe, es sei dem betreffenden Aspiranten eine schriftliche Erklärung abverlangt, für falsch erklärt. Am 27. Dezember wurde dann dies Ermittlungsverfahren eingestellt. (Hört, hört!) Bei der schließlichen Wahl fielen drei der Aspiranten durch, einer kam durch. Dieser gehörte einer Korporation an, die zwar auch das Duell verweigert, dies aber nicht ausdrücklich in ihrem Statut ausspricht. Daraus geht doch klar hervor, daß es sich bei der Wahl um die Stellung zum Duell gehandelt hat. Meine Frage an den Reichskanzler richtet sich vor allem darauf, wie er sich zu diesen Vorgängen bei dieser Offizierswahl stellt. Der Reichskanzler hat doch hier im Reichstage ausdrücklich erklärt, daß auf Grund eines königlichen Befehls die Stellung zum Duell bei der Wahl zum Offizier nicht in Frage kommen darf. Dieser königliche Befehl ist seinem Buchstaben wie seinem Geiste nach in unserem Falle nicht beachtet worden. Ich habe also ein Recht zu fragen, was geschehen ist, um diejenigen, die die königlichen Verträge ignorirt haben, zur Verantwortung zu ziehen und was geschehen soll, um der Wiederholung solcher Fälle vorzubeugen.

Kriegsminister v. Goßler: Bereits kurz nach Zusammenritt des Reichstags machte mir Herr Trimborn Mittheilung von diesen Vorfällen und ich empfahl ihm, sich an das Generalkommando des 8. Armeekorps zu wenden. Er hat das gethan und erhielt die Antwort: „Die Beschwerde ist begründet, die unzulässigen Schriftstücke in den Akten sind zu vernichten.“ Die Verhandlungen bei der Offizierswahl selbst am 4. Januar 1901 liegen natürlich unter dem Dienstgeheimniß. Würde man dies verletzen, so würde daraus eine ganze Reihe persönlicher Konflikte folgen. Prinzipiell darf die Stellung zum Duell bei der Wahl zum Offizier nicht maßgebend sein. Dem steht der königliche Armeebefehl entgegen. Das Landwehr-Offizierskorps hat lebhaft darüber zu befinden, ob die Aspiranten eine dem Ansehen des Offiziersstandes angemessene ehrenhafte

Bestimmung besitzen. Sind diese Bestimmungen im vorliegenden Falle nicht befolgt, so hätte die Minderheit der an der Wahl beteiligten Offiziere sofort einen Verstoß an höherer Stelle melden müssen. Ebenso hätten die nichtgewählten Aspiranten die Befugnis, den Dienstweg zu beschreiten. Es liegt für die Heresverwaltung kein Anlaß vor, höheren Orts weitere Maßnahmen zu empfehlen. Die Sache mit dem Vorsitzenden des Ehrenraths wird man verfolgen, aufzuklären. (Lachen links, Lachen im Centre.)

Völling (M): Auch wir verurtheilen es, daß die Stellung eines Offiziers Aspiranten zum Duell bei der Wahl maßgebend ist und glauben, daß die Sache mit der Erklärung des Herrn Kriegsministers noch nicht abgethan ist. (Sehr richtig! links.) Wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß die allerhöchsten Befehle in Zukunft besser befolgt werden mögen. (Lachen links.) Von einer nochmaligen prinzipiellen Erörterung der Duellfrage können wir uns angesichts des an allerhöchster Stelle zu Tage getretenen Standpunktes keinen Erfolg versprechen. (Bravo! b. d. Natl.)

Dr. Pachnide (Fg): Der vorliegende Fall ist ernst genug, um die Interpellation zu rechtfertigen. Es müßte von oben herab mehr gesehen, um dem Duellunfug zu steuern. In England hat man das Duell zu unterdrücken verstanden; man hat ihn aber auch dort nicht hinterhaken, wie Standesleute u. i. w. gelassen. Heute gehört mehr Mut dazu, ein Duell abzuschneiden, als es anzunehmen. Es muß das Rechtsgefühl des Volkes verleben, wenn Duellmörder auf die Festung kommen, während Arbeiter wegen eines Scheltwortes auf Monate ins Gefängniß wandern. (Hört! hört! links.) Man rotte das Duell in der Armee aus und es ist überall ausgerottet. (Bravo! links.)

Dr. Bacher (Z): Unsere Interpellation ist auch eine Strafe in der Öffentlichkeit. Es ist unerhört, diejenigen, die auf dem Boden des Gesetzes stehen, aus dem Offiziersstand auszuscheiden. In Berlin werden, höre ich, auch evangelische Theologen nach ihrer Stellung zum Duell gefragt. (Hört! hört!) Ich habe mich über die fähle Art und Weise gewundert, wie der Kriegsminister diese Frage behandelt, die tief in das Rechtsbewußtsein der Nation eingreift. (Sehr richtig! im Centre und links.) Im Jahre 1870—71 haben sich die Gegner des Duells ebenso tapfer gezeigt, als seine Anhänger. Vielleicht hat das auch bei der Kabinettsordre von 1874 nachgewirkt, die in anerkannter Weise auf die Verminderung der Duelle hinwirkte, aber leider prinzipiell am Duellpunkt scheiterte. Diese Inkonsequenz der Kabinettsordre hat viel zu der Dunkelheit beigetragen, die über sie herrscht. Es ist Aufgabe des Kriegsministers, im eigenen Interesse des Offiziersstandes diese Unklarheit zu beseitigen. Gewiß steht der Offiziersstand im höchsten Ansehen (Lachen b. d. Soz.); dies zu erhalten, ist gerade der Zweck unserer Interpellation. (Bravo! im Centre.)

Herr v. Sebehow (M): Das inquisitorische Verfahren des Kölner Kommandeurs verurtheilen wir durchaus; aber wir glauben, daß mit der eingetretenen Remedur auch die Sache erledigt ist.

v. Solimar (SD): Von unserem engeren Standpunkt aus betrachtet kann einem der ganze Durcheinander ziemlich kalt lassen. Was kümmert es wenig, wenn die Angehörigen der herrschenden Klassen sich das Vergnügen machen, sich gegenseitig abzumähen. Aber aus den höheren Gesichtspunkten des Rechts und der Kultur müssen wir das Duell auf das Entschiedenste bekämpfen. Wir leben in keinem Besonderen eine Beschämung der Kultur, eine Gefährdung für die Rechtsstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Es giebt kaum eine größere Verhöhnung des Rechtszustandes, als daß der Staat, der doch der Hüter des Rechts und der Geleite sein will, Leute, die in seinem direkten Dienste stehen, zur Verletzung der Geleite zwingt. Dieser Anblick muß allerdings im höchsten Grade destruktiv wirken. Was den vorliegenden Fall betrifft, so ist es natürlich höchst gleichgültig, ob die betreffenden Herren aus dem, wie es heißt, hochangeesehenen und pikanten Familien Offiziere geworden sind oder nicht. Wir gehen von dem Grundzuge aus, daß alle Stellen des Staates allen den Staatsbürgern freistehen müssen, die den gesetzlichen Voraussetzungen genügen, und die erforderlichen Pflichten erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Es ist bekannt, daß man Sozialdemokraten grundsätzlich nicht zu Offizieren befördert, wie das z. B. einem vielen von ihnen bekannten Parteigenossen von mir widerfahren ist, der von der Liste der Offiziersaspiranten gestrichen wurde und Unteroffizier geblieben ist. Ich weiß, daß hier unsere Anschauungen auseinandergehen und auch die, welche die Zulassung von Duellkämpfern verlangen, sich sozialistische oder auch nur demokratische Offiziere nicht denken können. Jedoch wird auch bei uns zweifellos die Zeit kommen, die in Frankreich, England, der Schweiz u. i. w. schon da ist, in der man Leute, auch wenn sie sehr weitgehenden politischen Anschauungen huldigen, nicht von dem Amte des Staates ausschließen wird. Beim vorliegenden Fall zeigt sich auf das Deutlichste, wie schwierig die Bekämpfung des Duells ist, solange im Offizierskorps derartige geistliche Meinungen ihren Sitz haben. Und weiter zeigt sich, daß die Art, wie das Duell gegenwärtig bekämpft wird, durchaus unzureichend ist. Aus der Rede des Herrn Völkner klingt hervor, daß sich die Herrschaft ganz machtlos fühlte; das wäre doch ein bedauerliches Armuthszeugniß. Daß die Dinge so liegen, daran sind die Herrn vom Centre nicht am wenigsten Schuld. Während der kaiserliche Erlaß von Herrn Lieber zuerst sehr feilsch beurtheilt wurde, bewunderte ihn das Centre bereits bei der Verabreichung der Reichsministerpräsidentenordnung. Man ließ sich bereuen, die nicht dem aktiven Dienstverhältnis angehörigen Offiziere des Reichsstandes der privilegierten Gerichtsbarkeit des Militärs zu unterstellen, also Kreisen, deren Ansehen vom Duell den Herrn bedroht war. Auch Herr Bacher hat diese ein förmliches Loblied auf den kaiserlichen Erlaß gesungen. Thatsächlich aber sind diese Erlasse auf halbem Wege stehen geblieben. Es heißt darin, daß die Duell mehr als bisher vermindert werden sollen. Was würden Sie dazu sagen, wenn jemand von den katzenhaften Dogmen sagte: ich möchte, daß sie mehr als bisher ausser Acht werden? Das Duell muß den Offizieren prinzipiell und ohne Vorbehalt verboten werden: wenn ein Offizier gegen die bürgerlichen Gesetze verstoßt, so ist er die längste Zeit Offizier gestrichen. Solange man nicht beim Duell die bürgerlichen Prinzipien verliert, wird es aus dem Heere nicht verschwinden. Keine ist das Centre endlich von seinen höchsten Würdigen freimachen und zu seinen Prinzipien zurückkommen. Ihm es das, wird es aus auf ihrer Seite haben. (Lachen! b. d. Soz.)

v. Kardorff (M): Bedauert den Kölner Verstoß und hofft, daß einige dieser Verhandlungen die Behörden künftighin gemäß dem kgl. Kabinettsordre handhaben werden.

Dr. Müller-Sogon (Fg): Das Volk versteht es nicht, daß Offiziere wegen eines Duells bestraft werden, während Arbeiter, die sich durch ihre Leidenhaftigkeit fortsetzen, sich an, das im Rechte haben wissen. Es ist vorzuziehen, daß die Bürgermeister, die eine Disziplinierung abgelehnt haben, deswegen von der Regierung später nicht als Bürgermeister von Kronstadt bestrift wurde. Diese falsche Begriffe von Ehre müssen endlich verschwinden.

Dr. Lieber (Z): Es handelt sich in dem Kölner Falle um gewisse Beziehungen gegen einen kaiserlichen Befehl. (Sehr richtig! im Centre.) Wenn das Verhalten der Offiziere in dieser Weise geschildert wird, dann wird wirklich keine Abkündigung zu erwarten sein. Ein Unteroffizier würde Offizier- und bürgerliche Ehre nicht nicht gewandt werden. Es ist ein kaiserlicher Befehl, immer Zeigens und Recht zu betonen und auf der anderen Seite diejenigen gleichmäßig zu bestrafen, die Religion und Geleite mit Füßen treten. (Bravo! im Centre.)

Kriegsminister v. Schöler: Ich bestätige in meiner Erklärung der kaiserlichen Kommandosordnung nicht weniger. Dieser habe ich jetzt Bericht zu erstatten und es liegt mir nicht am Herzen, was man zu erörtern hat. Wenn es dahin kommen sollte, daß ich darüber berichte, so wäre das das größte Unglück für die Armee. (Ermuthigtes Schreien.) Ich werde natürlich die höchste

Kommandogewalt darf nicht in den Händen des jeweiligen Kriegsministers liegen. Ungehörig gegenüber seinen Befehlen wird der Kaiser am allerwenigsten durchgehen lassen. Uebrigens kann ich konstatieren, daß im Jahre 1900 nur 4 Duelle, an denen Offiziere betheiligte waren, vorgekommen sind.

Graf Bernstorff-Lauenburg bedauert ebenfalls den Kölner Fall, kann sich aber für eine Abkündigung der Offizierswahlen nicht entscheiden.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichs am 2. des Innern beim Titel Staatssekretär. **Rebel (SD):** Ueber die Art des Arrangements der deutschen Abtheilung bei der Weltausstellung in Paris wird vielfach lebhaft Klage geführt. Besonders das deutsche Kunstgewerbe soll schlecht weggekommen sein. Scharf verurtheilt wird auch, daß der leitende Architekt Prof. Hoffacker neben seinen offiziellen Arbeiten noch Privatunterträge übernommen hat. Die konkurrierenden Firmen behaupten, daß Herr Hoffacker die Pavillons seiner Auftraggeber an die besten Plätze gesetzt hätte, während sie sich mit schlechten Plätzen begnügen mußten. Herr Hoffacker war in seiner Stellung als Beamter so gut bezahlt, daß er keine Privatunterträge anzunehmen brauchte. Man zu den Verhandlungen der letzten Tage. Herr Baffermann hat ein besonderes Reichsarbeitsamt verlangt. Wir werden darauf näher eingehen, wenn der Initiativantrag, in dem unsere Fraktion und andere Parteien ein solches Amt verlangen, hier verhandelt wird. Auf die 12000 Affäre will ich nicht weiter eingehen. Für uns ist die Sache von außerordentlicher Wichtigkeit nicht wegen der Person, sondern wegen des charakteristischen Systems, das seit Langem im Reichsamt des Innern herrscht. Die wichtigsten Leiter dieses Amtes stehen seit Jahren mit den Unternehmerverbänden in Verbindung. Im Jahre 1895 brachte ich den Untergang der „Elbe“ zur Sprache und meinte, das Unglück hätte nicht so große Dimensionen annehmen können, wenn die Schiffbeladung mit der Handhabung der Rettungsboote besser vertraut gewesen wäre. Ich wurde wegen meiner Äußerung heftig angegriffen; da erhielt ich ein Telegramm, es seien beim Bremer Lloyd Leute schon 11—18 Jahre, die noch nie ein Bootsmann übermugemacht hätten. Als ich dies im Reichstag mitgeteilt hatte, bat mich Herr Völkner um den Namen des Mannes, von dem diese Mittheilung ausging. Im Vertrauen auf seine Discretion theilte ich ihm den Namen mit. Herr Völkner hat aber, wie ich später erfuhr, einem bekannten Kieler Rhetor auf dessen Bitte den Namen genannt (Hört, hört! bei den Soz.) und mein Vertrauen mißbraucht. (Pfeif! bei den Soz.) Der Mann, der ein D. Reichsamt war, wurde ausgewiesen. (Pfeif! bei den Soz.) Dasselbe hat gar nicht gepasst, wie Herr Hize behauptet. Jetzt droht wieder Frieden zwischen ihm und dem Reichsamt des Innern und die beiden werden sich wieder zusammenarbeiten. Die Minister können sich eben dem Einfluß der herrschenden Klassen nicht ganz entziehen. Soweit das ist aber nicht kommen, wie es geschieht, wenn sich der Staatssekretär nicht um alle Reputation bei den Arbeitern bringen will. Dem Geheimrath Fischer kann ich nur erwidern, daß die tatsächlichen Fabrikinspektoren sich um alles Vertrauen bei den tatsächlichen Arbeitern gebracht. Herr Fischer hat angedeutet, daß wir Sozialdemokraten das Vertrauen der Arbeiter zu den Fabrikinspektoren erschütterten. Warum sollen wir das gerade in Sachsen thun? Wir haben die Arbeiter beständig darauf hingewiesen, ihre berechtigten Beschwerden den Inspektoren vorzutragen. Geheimrath Berner war zwar sehr schroff, aber in einer ruhigen Stunde wird er unsere Vorwürfe gegen das Rigger schon berichtigt finden. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat, und das ist eine Schand der Regierung, nur eine dünne Thätigkeit entfaltet. Ihr Vorsitzender Fick ist Unterstaatssekretär im sozialistischen preussischen Eisenbahnministerium und hat wenig Zeit. Der Staatssekretär hat selber eine Reihe von Aufgaben für die Kommission genannt. Warum hat er sie nicht eher damit entlassen? Müßte hätte sie mit der Lage der verschiedenen Hausindustrien, mit der Lage der Stein- und Glasarbeiter beauftragt werden müssen. Die Erhebungen der Arbeiter gehen ja da als patetisch. Wenn der Staatssekretär auch meint, durch fortgesetzte Kritik würden er und seine Beamten abgestumpft, so werden wir unsere Klagen nicht eher einstellen, bis die Ursache beseitigt ist. Die Arbeiter des Geheimraths Hoffmann über die Krankenversicherung reform belamen durch die Veröffentlichung im preussischen Verwaltungsblatt einen offiziellen Charakter. Privatbeamten von Beamten sollten, um jede Mißdeutung zu verhindern, in offiziellen Blättern nicht erscheinen. Das Reichsamt ist überlastet und dazu kommen noch häufig unweidmässige Arbeiten z. B. die Unteruntersuchung über die Nothwendigkeit der Abänderung der Bäderverordnung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Bäderverordnung ist mit größter Vorsicht vorbereitet und erlassen worden. Sie kann da jetzt von der Nothwendigkeit ihrer Abänderung gesprochen werden. Derselbe Geheimrath, der 1894 die Kommission für Arbeiterstatistik davon überzeugte, daß der tägliche Maximalarbeitszeit für die Bäderregeln vortheilhaft sei, tritt heute in einer von Aufträgen des Reichsamt verfahren Verhandlung über die Bäderverordnung für eine wöchentliche Maximalarbeitszeit ein, als „männlicher Geheimrath“. Daß die Bäderregeln so viel bezeugen, ist bei ihrer außerordentlichen Abhängigkeit von den Reichsamt kein Wunder. Dasselbe können sie den Meister an die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften nicht erinnern. Wie die Bädermeister amtliche Anfragen beantworten, dafür hat die Münchener Bäder-Journale ein Beispiel gegeben, indem sie rath, die Frage nach der Wirkung der Verordnung auf die Arbeiter folgendermaßen zu beantworten: Meine Arbeit ist seit Einführung der Verordnung viel mehr im Wohlstand als früher, insofern ich letztere nie schlechte und nachlässige Arbeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem Bädermeistertage wurde folgendes Lied gesungen: „Die erste Regel muß es sein, das Brod zu backen zerklüftet klein. Ein kleineres Brod, je größer darn, ist immer der Verdienst daran. Bei wenig Mehl und kleinem Brod, lad' nie ein Bädermeister Noth. Er wäret sich gar w. h. und rund, bis jeder wiegt 290 Pfund!“ (Lachen! links.) Und da sagt man, daß diese Leute durch die Bäderverordnung ruiniert werden! (Erucante Heiterkeit; und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur der Scharfmacher-Verband, auch die Bädermeister haben beim Reichsamt des Innern große Einfluß zu haben. (Sehr richtig! links.) Noch immer ist die Forderung der Anerkennung der Berufsvereine nicht erfüllt. Vor allem müssen auch die Arbeiter in Staatsbetrieben das Recht der Organisation haben. Besonders traurig ist das Verhalten der Eisenbahnarbeiter. Seltlich frage ich noch den Staatssekretär, wie es mit der Unteruntersuchung über den bekannten Brief der Eisenbahnarbeiter steht? (Schärfster Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Erklärung, daß die Arbeit des Herrn Regimentsarzt Hoffmann eine Privatarbeit desselben sei, habe ich bereits bei der Generaldebatte des Etats abgegeben. Der Brief der Eisenbahnarbeiter ist dem Reichsminister vorgelegt worden. Die optima-beneficentia gegen Mitglieder der Berufsvereine ist schon diesen Anst zu übergeben und was die Beziehungen bei den Eisenbahnarbeitern anlangt, so habe ich eine Erquete über die Arbeit der Eisenbahnarbeiter veranlaßt, deren Besondere abzuwarten sein werden. Ueber die Fabrikation der Bismuthoxyd hat sich bereits 1899 Erhebungen angeheißt worden. Diese haben vorwiegend ergeben, daß die bisherigen Schutzbestimmungen zur Unterdrückung der Phosphor-Rakete nicht ausreichten. Wir haben Erhebungen ertragen über die verschiedenen Mittel, die in Frankreich und der Schweiz erfunden sein sollen, um die Fabrikation von Streichhölzern ohne Schädigung der Gesundheit der Arbeiter zu ermöglichen. Herr Horn erwiderte ich, daß auf Grund der Untersuchungen eine Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Streichhölzfabrikation nur bis zu 6 Stunden täglich gestattet ist. Gegenüber Herrn Räder was ich betonen, daß auf die Durchführung des Schutzgesetzes nur höchste Eile und strikte Person-

liche Einflüsse eingewirkt haben. — Die Vorlegung des neuen Zolltarifs wird möglichst beschleunigt werden. Das Reichsamt wird seine Arbeiten spätestens Anfang des nächsten Monats beenden haben. Dann geht der Zolltarif an den Bundesrath und die einzelnen Regierungen, die ihn nach der handelspolitischen Seite hin zu prüfen haben. Wann diese Arbeiten abgeschlossen sein werden ist heute noch nicht zu beurtheilen. Eine Neuorganisation unserer handelspolitischen Verhältnisse ist durch den Fortschritt der Industrie jedenfalls notwendig geworden.

Müller-Duisburg (M): Nach dieser Erklärung ist ein Verzögerung des Zolltarifs nicht mehr zu befürchten. Hoffentlich geht er uns noch in dieser Tagung zu, jedoch wie die erste Lösung vornehmen und eine Kommission während des Sommers mit den weiteren Arbeiten betrauen können. Im anderen Falle wünschte ich, daß wir zu einer frühen Herbsttagung v. reinigt würden. Bei seiner Anerkennung der großen Fortschritte unserer sozialen Versicherungsgebung hat Herr Baffermann im Namen der Fraktion gesprochen. Auch in einer Reihe anderer Punkte bin ich mit Herrn Baffermann einverstanden. Wir alle sind für sozialpolitischen Fortschritt, nur über das Maß sind wir nicht ganz einig. Wir alle sind stolz darauf, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialreform allen anderen Ländern um mehrere Verdrängungen voraus ist. (Widerpruch b. d. Soz.) Die Worte, die Herr Baeis geschrieben hat, waren ein bedauerlicher Fehler, aber sonst war er ein Mann von Ehre und Gewissenhaftigkeit. Lassen wir doch die Verdächtigungen. Begraben wir auch die 12000 Mark Affäre. Hüten wir uns vor der Standstillfortsetzung. (Bravo! bei den Natl.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der Verhandlung der Initiativanträge über die Gewerbegerichte.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Verurtheilung und Motteler. Der „Hamb. Corresp.“ berichtet:

Der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Eduard Bernstein wird demnächst unbehelligt nach Deutschland zurückkehren können. Als Redakteur des „Sozialdemokrat“, der in Zürich während des Sozialistengesetzes in den 80er Jahren erlitten, hatte Bernstein sich eine Anzahl von Anklagen bei deutschen Gerichten zugezogen, deren Verjährung bereits durch die ständige Erneuerung der staatsanwaltlichen Anträge verhindert wurde, so daß Bernstein bei einer Rückkehr nach Deutschland sich einer Menge von Prozessen und verurtheillichen schweren Bestrafungen ausgesetzt hätte. Er ging deshalb, als er auch aus der Schweiz ausgewiesen wurde, nach England und lebte seit etwa 10—12 Jahren in London. Vor einigen Monaten hat die Schweiz den Ausweisungsbefehl aufgehoben, und nunmehr hat auch die preussische Justizbehörde beschlossen, Straß über Dinge wachsen zu lassen, die 15—20 Jahre zurückliegen. Eine Erneuerung der Anklagen ist unterblieben, damit wird am 1. Februar d. J. Verjährung eintreten und der Rückkehr Bernsteins nach Deutschland steht nichts mehr im Wege.

Die Meldung des Hamburger Blattes ist, wie der „Vorwärts“ dazu bemerkt, zutreffend. Sie ist aber nicht vollständig. Neben Bernstein kann nunmehr auch sein Leidensgenosse Motteler, der „rotte Postmeister“, der die Expedition des „Sozialdemokrat“ beorgte, in die Heimath zurückkehren. Auch gegen diesen kiefen Gefährten Bernsteins in Londoner Exil ist der Strafbefehl nicht erneuert worden; in Motteler's Fall ist die Verjährung bereits Anfang Januar eingetreten. Die beiden tapferen und verdienten Kämpfer des Proletariats, die in der schwersten Zeit der Partei auf vorgeschobenem Posten standen, können somit endlich nach langen Jahren der Verbannung das Vaterland wiedersehen, an das sie Familie, Freunde und Waffengemeinschaft hielten.

Die Stellvertretung des Abgeordneten Pauli. Die städtischen Verwaltungsgesellschaften von Eberswalde hatten, wie f. Bl. von uns berichtet worden ist, beschlossen, gegen den Reichstags- und Landtagsabgeordneten Gynmzialprofessor Pauli einen Zivilprozeß anzustrengen, damit die prinzipiell wichtige Frage, wer die Stellvertretungskosten von mittelbaren, ins Parlament gewählten Staatsbeamten zu tragen hat, rechtlich gelöst werde. Wie jetzt aus Eberswalde gemeldet wird, hat Professor Pauli dieser Tage an die dortige Stadtkasse 2000 Mark bezahlt, da verschiedene Juristen ihm erklärt hatten, daß die Stadt nicht verpflichtet werden könne, für die Stellvertretungskosten aufzukommen.

Heugsterlinge. Bisweilen nimmt denn doch wahrhaftig die Furcht vor dem Sozialismus geradezu groteske Züge an. Es giebt Leute, die kaum noch im Stande sind, irgend etwas zu sehen, zu lesen oder zu hören, ohne sofort das rothe Gespenst dahinter aufstauen zu sehen. Der „Harmoniepostel“ M. J. Hirsch, der „Mann der billigen Kochrezepte“ Hize, der Sonnenpaktier Mannmann, der Mannheimer Rechtsanwalt und Jenseiter Abgeordnete Baffermann, selbst der Lederfabrikant von Worms, Herr v. H. H. H.: sie alle, Herrn Hofprediger a. D. Sticker nicht zu vergessen, haben schon bald hier bald da in den Spalten „staatsbehaltender“ Blätter als blutrothe Umstürzler gepregelt.

Den Großunternehmern und ihren literarischen Trostknecchten ist die Bureokratie verdächtig; die nicht unmittelbar an dem Kampfe zwischen Arbeit und Kapital beteiligten Beamten haben eben von Zeit zu Zeit so unangenehme soziale Anwandlungen, die sich sogar bisweilen zu unangenehmen Gelegenheitswürfen verdichten. Denselben Leuten ist die Kirche verdächtig; giebt es doch immerhin Pastoren, die die in der Bergpredigt und sonstwo niedergelagerten Lehren des Zimmermannslehns von Nazareth allzu wörtlich nehmen und, statt sich damit zu begnügen, den Armen das Evangelium zu predigen auch deren Noth ein wenig lindern zu wollen sich erlauben.

Amantlich aber ist der überall Gespenster sehenden, überall Gefahr witternden Großindustrie die Universalität verdächtig. So wie den Bureakraten aus des Bundestags vorwärtlichen Ziten, so erscheinen heute den Stamm und Genoffen die Hochschulen als der Sitz böser Geister, als die Brutstätte unruhiger Köpfe. Dort an den Hochschulen lehren die Kathedersozialisten, die Professoren Wagner, Brentano, Schmöller, Sombart und wie sie sonst heißen mögen. Mehr

oder minder überzeugte Anhänger des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft, die sie sind, üben doch diese Männer, müssen sie auf Grund ihrer Forschungen Kritik am Kapitalismus üben. Darum — fort mit ihnen! Und nun vollends die Privatdocenten! „Privatdocenten man misstraut“ sang zur Zeit des vorigen Jahreswechfels der „Kadaveradalsch“. Solche junge Leute haben bisweilen noch nicht so recht gelernt, sich „in die Verhältnisse zu schicken“, wie die schöne Redensart lautet. Um so nöthiger, ihr Verhalten unter eine genaue Lupe zu nehmen, ihrem Thatenbrange Zügel anzulegen. Machen wir also ein besonderes Privatdocentengesetz! Und siehe da! es wurde gemacht; die „Zy Arons“, nach der sich seit lange die Scharfmaerblätter „wie die gierigen Raben“, um mit einem patriotischen Liedlein zu sprechen, die Kehle heiser geschrien hatten, die Zy Arons erblickte das Tageslicht.

It's gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! Die Aengstlinge sind, das muß man sagen, mindestens konsequent in ihrer Angstmeierei. Nach den Professoren und Privatdocenten die Studenten. Hat da in Weimar jüngst ein Kongreß der „freien“ d. h. nicht inkorporierten Studenten getagt. Neben einigen üblichen Phantasmerieen und einigen Dummheiten sind dort wirklich verschiedene anerkannterthe Beschlüsse gefaßt worden, von denen nur zu wünschen ist, daß sie nicht auf dem Papier stehen bleiben. So z. B. Regelung der himmelschreitend elend behafteten Privatstudenten usw. durch Errichtung eines Arbeitsnachweises und Theilnahme der Studentenschaft an der Volkshochschulbewegung durch Vorträge in Gewerkschaften usw. Daran knüpft die Stummische „Post“ einen langen Artikel. Im Allgemeinen verlohnt es sich nicht, auf das Nachwerk näher einzugehen: wer die Verhältnisse kennt, dem wird z. B. die Jeremiasade des edlen Blattes, ein stud. nischer Arbeitsnachweis werde den Anschein einer Proletarisierung der Studentenschaft erwecken, nur ein spöttisches Lacheln entlocken. Wie viele arme Teufel laufen unter den Studenten herum, die wahrhaftig nicht bloß den Schein proletarischer Existenz erwecken! Was uns hier interessiert ist, daß die „Post“, ihrem Denunziantencharakter getreu, auf den an der zweiten Stelle genannten Beschluß — Theilnahme an der Volkshochschulbewegung beschränkt — Vorträge in Gewerkschaften — die Öffentlichkeit d. h. die Behörden aufmerksam macht. Natürlich: hinter den harmlosesten Vorträgen, wenn sie nämlich vor Arbeitern gehalten werden, wittern ja die Herren die Revolution mit Flinten und Peugabeln. Meinode hätten wir gesagt die Revolution mit Dreschlegeln: aber an der Dreschlegelgrafen Reden hat ja auch die nicht unbedingt antisemitische „Post“ weniger auszusetzen, als an der Theilnahme der Studenten an der Volkshochschulbewegung.

Dem Privatdocentengesetz wird wohl alsbald ein Studentengesetz folgen. Und diesem ein Gesetz gegen politische Theilnahme der Pamaner. Und so fort mit Graze.

Die Frage der Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte hatte Magistratsrath Dr. v. Schulz in Berlin zum Gegenstand eines Antrages an den Reichstag und Bundesrath machen wollen. Der Ausschuß für Gutachten zc. hatte diesen Antrag auch angenommen, inß die Abänderung zu unterlassen beschloß, nachdem der Oberpräsident von Brandenburg in einem Erlasse erklärt hat, daß den Gewerbegerichten ein Antragrecht an die gesetzgebenden Körperschaften nicht eingeräumt werden könne. Der Oberpräsident hat aus demselben Grunde auch die Antäe des Ausschusses, betreffend die Arbeitsnachweise und den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, nicht weitergegeben. — Warum den Gewerbegerichten das Antragsrecht nicht zustehen soll, vermögen wir nicht einzusehen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann Montag die erste Lesung des Etats, wobei sich eine große politische Debatte entwickelte. Der Centrumsabgeordnete Fritzen war der erste Redner. Er beschäftigte sich mit der Finanzpolitik Miquels und verlangte, daß die Einzelstaaten mehr als bisher zu den Beiträgen für das Reich herangezogen würden, ging dann auf die mangelnde Staatsaufsicht der Hypothekendanken und den Krach der Spielhagenbanken ein, und verfehlte auch nicht, dem Minister des Innern eine bittere Wahrheit über die Mißstände bei der Kriminalpolizei zu sagen, die der Sternbergprozeß so offenkundig bloßgelegt hat. Das interessanteste aber waren seine Bemerkungen über die Kanalvorlage. Der Centrumsedner bedauerte die Einbringung und zog sogar eine Ablehnung der Vorlage in Erwägung. Für diesen Fall warnte er die Regierung bereits jetzt eifrig vor einer Auflösung der Landtagskammer. Man sieht, wie eng verknüpft Centrum und konservative Graf Limburg-Stirum, der Herrn Fritzen folgte, zog doch wenigstens außer der Ablehnung auch die Möglichkeit der Annahme der Kanalvorlage in Betracht. Aber auch er kam zu der gleichen Schlussfolgerung, die in den Worten gipfelte: Darum keine Furcht nicht. Der erste Kanalfreund, der zu Worte kam, war der Abg. Richter. Er forderte die Regierung zur Energie im Betreiben dieses Kulturwerkes auf und meinte, die Freisinnigen hätten schon in der vorigen Session ihre Schuldigkeit gethan, jetzt sei es an der Regierung, die ihrige zu thun. Der freisinnige Führer zog das Fact aus der politischen Situation, daß die Kanalvorlage bei gesteigertem Bollschuß angenommen werden wird und sagte dem Chor der Landräthe gerade ins Gesicht, daß ihnen die Zustimmung ja durch die Schaffung von 24 Regierung-

rothstellen leichter geworden sei. Außer der Kanalvorlage zog Richter, der sich körperlich anscheinend wieder etwas matt fühlte, auch die preussische Finanz- und Ueberschußpolitik, die in der letzten Zeit erfolglos Censurverbote und die so dringend notwendig gewordenen Reform der Kriminalpolizei in den Kreis seiner Betrachtungen. Auch gegen die in Aussicht genommene „Spreepräfektur“ sprach er sich energisch aus. Minister von Rheinbaben machte sich eifrig Notizen und meldete sich zum Wort. Vor ihm aber erhielt es der Finanzminister v. Miquel. Nach den Erfahrungen, die er bei seiner letzten Etatsrede gemacht hatte, hielt er es für angezeigt, den Ministerplatz zu verlassen und die Rednertribüne zu besteigen, auch etwas lauter wie sonst zu sprechen. Immerhin ging noch manches von seinen Ausführungen verloren. Er verteidigte natürlich seine Ueberschußwirtschaft. Auf den Vorwurf Richters aber, daß es unerhört sei, in Preußen hunderte von Millionen zu thesauriren, während man im Reich wegen lumpiger 900 000 M. eine neue Steuer erlassen mußte, wußte er keine Antwort. Nachdem Herr Dr. von Miquel seine finanzpolitischen Verdienste genügend gerühmt hatte, trat er von der Tribüne ab und ging auf seinen Platz zurück. Dort angekommen aber besann er sich, daß er die Kanalvorlage ganz vergessen habe und anstandslos doch auch darüber ein paar Worte sagen müsse. Unter großer Heiterkeit des Hauses lehnte er also um und sprach auch über den Kanal. Für den Kanal wäre wirklich zu viel gesagt. Herr v. Kanitz wird wieder nicht wissen, ob Herr von Miquel für oder gegen den Kanal ist. Nur das eine werden die Junker aus der diesmaligen Rede entnehmen: Auch diesmal wird die Regierung nicht zur Auflösung schreiten, wenn der Kanal abgelehnt wird. Die Regierung will mit ihren Landräthen in Ruhe und Frieden leben.

Da muß man Herrn von Rheinbaben, unseren Polizeiminister, loben. Er ist schneidig und behandelt seine Gegner ganz anders. Gegen den Abg. Richter schlug er einen Ton an, daß dieser sich dann in einer persönlichen Bemerkung veranlaßt sah, den Herrn Minister zu größerer Bescheidenheit in seinem Auftreten zu mahnen. Herr von Richter war nicht anwesend und der Vizepräsident Frhr. v. Heeremann ließ die sehr scharfe Bemerkung anstandslos passieren. Der Minister des Innern sprach viel über Literatur, Beschränkungen und Kunst. Er versicherte, die wahre Kunst fördern zu wollen, denn er sei kein Bööter, seine Anschauungen entfernten sich aber nicht allzuweit von denen der ultramontanen Heiligenmänner, wenn auch zugegeben werden soll, daß er weniger dem russischen Dichter Tolstoj einigermaßen Berechtigung widerfahren ließ. Auch über die Reform der Kriminalpolizei ließ er sich aus, leider ist nach dem Inhalt dieser Ausführungen eine durchgreifende Besserung an den Zuständen unserer Polizei nicht zu hoffen. Die Spreepräfektur suchte er dadurch zu rechtfertigen, daß die Stadtgemeinde Berlin in vielen Dingen, namentlich in der Sorge für die minderbemittelte Bevölkerungsklasse, einen wohlwollenden Rathgeber gut gebrauchen könne. Als letzter Redner kam der nationalliberale Abgeordnete Dr. Sattler zu Worte, der bei der vorgerückten Stunde unter großer Unruhe des Hauses sprach und dessen Ausführungen bisshals kaum angehört wurden.

Dienstag wurde die Staatsberatung fortgesetzt.

Kleine politische Nachrichten. Nach dem vom Bureau des Reichstags neu herausgegebenen Verzeichniß der Bevollmächtigten zum Bundesrath und der Mitglieder des Reichstages gestattete sich die Stärke der Parteien folgendermaßen: Deutschkonservative 52 Mitglieder, Reichspartei 21, deutschsozialistische Reformpartei 10, Centrum 103, Polen 13, Nationalliberale 51, Freisinnige Vereinigung 13, Deutschfreisinnige Volkspartei 27, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 57 Mitglieder, bei keiner Fraktion sind 38 Abgeordnete, zusammen 375 Erledigte Mandate sind: Dr. Gille (Zentr.) — 3. Wachen — Mandat am 21. Novbr. 1900 niedergelegt, und Wally (Polen) — 1. Polen — am 21. Dez. 1900 verstorben. — Der Alterspräsident des Reichstages, Abg. Vingenß, hat sich von dem Schlaganfall, der ihn im Juni trotz, körperlich wieder in zufriedenstellender Weise erholt; jedoch hat sein Gedächtniß gelitten. Auf Anraten der Aerzte hat der 84jährige Abg. Vingenß nach der „Rein-W. St. Stg.“ der Fraktionsleitung der Zentrumspartei angeheimgestellt, ob er sein Mandat für den Wahlkreis Siegburg, welches er über 25 Jahre lang inne hat, niederlegen oder einen Urlaub nehmen sollte. Die Partei hat ihn daraufhin von jeder parlamentarischen Thätigkeit bis zum Frühjahr entbunden. — Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei in Baden hat am Sonntag in Mannheim beschlossen, der Landesversammlung der badischen Nationalliberalen am kommenden Sonntag die Einführung eines lautenlosen direkten Landtagswahlrechts vorzuschlagen. — Mit dem Dienstwehrl seines Varschen hat sich in Dresden ein junger Offizier erschossen, nach dem „L. Tagbl.“ aus Furcht vor Strafe, weil er sich in der Spitzhermann gegen Postbeamte vergangen hatte. — Erschossen hat sich in Deutsch-Eylau in der Kaserne des 35. Feldartillerie-Regiments der Sergeant Beyer. Der Grund wird in der Meldung nicht mit angegeben. — Die „Magdeburger Zeitung“ meldet aus London, die Abreise des Herzogs von Connaught nach Irland sei plötzlich wieder abgestellt worden. Er solle sich vielmehr in geheimem Auftrage nach Berlin begeben, um, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, für die Abwendung drohender Komplikationen in Südafrika zu wirken. — Amtlich wird festgestellt, daß bis jetzt 19 Leichen von der ertrunkenen „Sneisenau“-Mannschaft gefunden worden sind. — Der von sozialistischer Seite her berufene Kaporra, der seit mehreren Jahren als geheimer politischer Kommissar zur Ueberwachung der sozialdemokratischen Bewegung in Danzig thätig war, ist, wie dem „Vorm“ von dort berichtet wird, an Gehirn-erweichung erkrankt und schon seit einiger Zeit vom Dienste dispensirt. — Zur Konitzer Moralfaire ist schon wieder etwas Neues zu berichten. Dienstag Mittag fanden Schulfelder der Ueberzieher des ermordeten Schmariaffen Winter auf dem Hofe der Mädchenschule. Die Erregung unter der Bevölkerung ist noch gestiegen. — Ein großer Krach ist im landwirthschaftlichen Kreditverein für Mittelbrante ausgebrochen. Wie aus Ansbach gemeldet wird, wurde der Kontroller erkrankt aufgefunden, der erste Vorsitzende des Vereins, sowie der Direktor sind „abgängig.“ Von dem über 300 000 M. betragenden Reservefonds ist nur noch ein ganz geringer Betrag vorhanden. — Über 2000 Arbeitslose in Budapest veranstalteten Dienstag, um zu demonstrieren, einen Unzug. Die Polizei

nahm zahlreiche Verhaftungen vor. — Eine etwas dunkle Drohung leitet sich ein Pariser Blatt. Wie es versichert, soll der Anwalt Labori, der Vertheidiger des Drehtus, erklärt haben, er bestände sich im Besitz eines Schriftstückes, dessen eventuelle Veröffentlichung wahrscheinlich den Sturz des Ministerpräsidenten Waldeck Rousseau nach sich ziehen würde. Klarheit und Wahrheit sind um jeden Preis zu fordern, also weg mit aller Rücksicht, die der Betreffende nicht verdient! Aber erst hat sich zu erweisen, daß hinter der dunklen Drohung überhaupt etwas anderes steckt, als nationalistische Phantazie. Labori selbst wird nun reden müssen. — Zu der in Nizza erfolgten Verhaftung des angeblichen russischen Fürsten Macaschine wird von der Polizeibehörde erklärt, die Verhaftung sei wegen verbotener Rädtehr nach Frankreich vorgenommen worden. — Nach in Rom eingetroffenen Berichten aus Aebessinien fand zwischen den Stämmen des Ras Olie und des Ras Tessama eine furchtbare Schlacht statt. Wie man erzählt, kämpften die beiden Stämme des Menest mit je 30 000 Mann gegeneinander. 7000 blieben tod oder verwundet auf dem Platze. — Von den Philippinen kommt für die Amerikaner einmal eine angenehme Nachricht. General Mac Arthur meldet, daß der Oberbefehlshaber in Flo-Jlo (Provinz Panay) sich ergeben habe, und theilt ferner mit, daß noch weitere wichtige Waffenüberlegungen in wenigen Tagen erwartet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wahltag. Bei der Dienstag stattgehabten Stichwahl in Kornsburg-Floisdorf wurde unser Genosse Lehrer Seiß mit 2737 gegen den christlich-sozialen Kandidaten Richter mit 2679 Stimmen zum Reichsrath Abgeordneten gewählt. Dieser Sieg ist um so höher anzuschauen, weil es sich um eine Wahl in der „Städterie“ handelte, worin das Wahlrecht sehr beschränkt ist.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegeschauplatz lauten die Nachrichten für die Engländer immer noch nicht günstiger. Eine Depesche Lord Kitchener's aus Pretoria vom 14. Januar meldet: „Kommandant Beyer überschritt am Sonnabend die Eisenbahn bei Kaalfontein und wandte sich mit seiner ganzen Mannschaft nach Osten. In den Verhältnissen der Kapkolonie ist nichts Wesentliches geändert. Einige kleine Burenabtheilungen scheinen auf dem Rückweg nach dem Orange-Freistaat zu sein. Einige Aufständische, die sich den Buren in der Kapkolonie angeschlossen, ergaben sich.“ — Diese Meldung Kitchener's ist so nichtslagend wie seine früheren. Wenn man mehr erfahren will, muß man sich schon an die Reuter-meldungen halten, die, trotz ihres englischen Ursprungs, doch immerhin etwas mehr zu berichten wissen. So verlautet nach diesem Bureau in Kapstadt, daß 500 Buren versuchten, den Wasserzufluß für die Louwriverstation, wovon der Betrieb der Bahn abhängig ist, abzuschneiden, um den Verkehr zu unterbrechen. Die Louwriverstation liegt etwa 110 Meilen von Kapstadt entfernt. Da Reuter nicht meldet, daß der Versuch abgeschlagen wurde, ist anzunehmen, daß den Buren ihr Unternehmen gelungen ist. Weitere Reuter Nachrichten besagen: Eine starke englische Abtheilung ist in Biquetberg eingetroffen. Die letzten Nachrichten besagen, daß die Buren in Calvinia nicht weiter vorrückten. — Etwa 170 Verdächtige aus Vryburg sind in Kimberley einquartirt. Bauen kurzem werden noch 800 dorthin gebracht.

Längs der Bahnlinie nach dem Norden, so meldet Reuter aus Kroonstad, sind die Buren äußerst thätig. Verschiedene kleine Abtheilungen überschritten in den letzten Tagen die Bahnlinie. Auch zwischen Kroonstad und Lindley zeigen sich häufig Buren. Alle größeren Burenabtheilungen scheinen sich in südlicher Richtung mit Dewet zu vereinigen.

Für die Diamantminen des Orangefreistaates soll eine 350 Mann starke Schutzwache gebildet werden. Da sich die Radfahrabtheilungen im Frontdienst bewährten, werden den regulären Korps Radfahrern beigegeben.

Die Hilfebegeisterung der englischen Kolonien ist gründlich erloschen; so heißt sie auch vor 1 1/2 Jahren aufkam, als es sich für die nach Südafrika berufenen Kolonialtruppen nur um einen Spaziergang nach Pretoria zu handeln schien. Einer Meldung aus Sydney zufolge sind zahlreiche Soldaten in den letzten Tagen fahnenflüchtig geworden, da sie fürchten, nach Südafrika zu werden. (1) Der Oberbefehlshaber hat in Folge dessen einen Tagesbefehl veröffentlicht, der für Desertion eine zweijährige Gefängnisstrafe androht.

Wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, beabsichtigt das englische Kriegesamt, starke Abtheilungen in Dromary einzuberufen und nach Südafrika zu entsenden sowie mehrere Milizbataillone wieder einzuführen. Es fragt sich nur, ob sich noch genug Dumme finden werden, um sich für die Chamberlain'sche Raubpolitik auf den südafrikanischen Gefilden hin-schlachten zu lassen.

Eine Brüsseler Depesche des „Standard“ meldet, in einer geheimen Besammlung in Amsterdam, der 300 Mitglieder der niederländischen Südafrika bewohnen, wurde die Bildung eines Freiwilligenkorps beschlossen, das die Burenkommandos der Kapkolonie verhaften soll. Diese Freiwilligen werden versuchen, die Kapkolonie einzeln via Kapstadt, Durban und Lorenzo Marques zu erreichen.

Zu der Meldung der Gefangennahme eines Deutschen in Kofffontein, des Kaufmannes Diehl, durch die Engländer wird der „Frankfurter Ztg.“ mitgetheilt, daß das Reichsarztamt auf die von dem Bruder des Gefangenen gemachte Eingabe geantwortet hat, der deutsche Generalconsul in Kapstadt sei zu telegraphischer Berichterstattung über die Sachlage sowie über die unternommenen Schritte aufgefordert worden. Von der Berichterstattung des Generalconsuls hänge es ab, welche Schritte durch den deutschen Botschafter in London unternommen würden.

Während man aus den veröffentlichten Listen des englischen Kriegesamtes ganz genau weiß, wie viel Buren von den Engländern zu Gefangenen gemacht worden sind, läßt sich nicht ermitteln, wie viele Gefangene die Buren bisher im Kriege gemacht haben, da ja dieselben ihre Gefangenen immer wieder freilassen. Bisher glaubte man vielfach, daß es überhaupt zwecklos für die Buren sei, Gefangene zu machen, und nur so ein Arr Ehrensache oder moralischen Sieg bedeute. Auf dem Worcester Kongreß sind aber, wie man der „Frankf. Stg.“ aus Kapstadt schreibt, ganz merkwürdige Dinge an den Tag gekommen, welche geeignet wären, die Sache in ganz anderen Lichte erscheinen zu lassen. So z. B. trafen sich dort englische Soldaten ein und desselben Regiments, und mit Erstaunen erkannten die einen, daß einzelne ihrer früheren Kameraden, welche von der Gefechtslinie zurückgesetzt waren, die Uniform ausgezogen hatten. Auf Befragen derselben zeigten sie ihren linken Hodarmel in die Höhe und auf der rechten Hand zeigten sie in Feuerrothem Brandnarben die Buchstaben D. W. O. (De Wet's Own), das heißt also Dewet's Leibeigene. Als Erklärung erzählten sie, daß Dewet sie bei Gelegenheit eines Gefechtes gefangen genommen, später wieder freigelassen habe, jedoch mit der bestimmten Forderung, daß sie freudlich erschossen werden würden, falls sie nochmals die Waffen gegen die Buren ergreifen und von diesen abermals gefangen genommen werden würden. Damit wäre erweisen, daß das Gefangenemachen doch keine zwecklose Sache für die Buren ist. Die Gebrandmarkten werden sich jedenfalls hüten, denselben je wieder zu nahe zu kommen.

China.

Vom Chinawirt. Die Friedensverhandlungen „bauern fort“, d. h. die chinesischen Unterhändler und die Diplomaten der verbündeten Mächte haben allerlei Unterhaltungen. Li-Hung-Tschang, die Hauptperson auf chinesischer Seite, ist krank, wirklich krank. Er leidet an der Bright'schen Nierenkrankheit. Am Sonntag war eine Verschlimmerung eingetreten, am Montag befand er sich aber wieder besser. Ancheinend rückt sich sein Befinden ganz danach ein, wie es die Sachlage erfordert. Bisher haben die chinesischen Friedensunterhändler, obwohl sie das Friedensabkommen bereits unterzeichnet, dass die den Geländten der Mächte noch nicht ausgedrückt. Prinz Liching soll nach einer amerikanischen Depesche erklärt haben, er glaube nicht, daß er es den Geländten vor Mitwoch werde überreichen können, insofern der Schwierigkeit, das kaiserliche Siegel zu erlangen, dessen Ausübung nur auf persönlichen Befehl des Kaisers erfolgen dürfte.

Die allerweltberühmte Wiener „Politische Korrespondenz“ hat den Auftrag erhalten, neuen Gemüthern weis zu machen, die Russen hätten keineswegs die Mandchurei annektiert, sondern nur wegen des „anarchischen Zustandes“ vorübergehend besetzt. Als wenn Rußland etwas, was es einmal in den Krallen hat, ohne Zwang wieder loslassen würde.

Graf Waldersee meldet aus Peking: Die Kolonne Pavel ist zurückgekehrt, nachdem die Hauptkräfte Sunyuan erreicht haben. Das Detachement unter Major Thiemig ist von Tientsin nach der Gegend von Tchang, 25 Kilometer südlich von Tientsin, abmarschiert, wo sich räuberische Banden zeigen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 16. Januar 1901.

Traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so schreibt das „Hamb. Echo“, herrschen im Betriebe der Lübeck-Büchener Eisenbahn, speziell im Bezirk der Bahnmeisterei Wandsbek. Daß das Bestreben dieser modernen Verkehrsgeellschaft darauf gerichtet ist, an allen Ecken und Kanten zu sparen, um ihren Aktionären für ihre mühevollen Thätigkeit einen anständigen Entbehrungslohn — in den letzten Jahren wurden bei sehr reichlichen Abschreibungen durchschnittlich 7 pSt. Dividende gezahlt — auskehren zu können, ist allgemein bekannt, ebenso daß sie sich um die öffentliche Meinung wenig oder gar nicht zu kümmern pflegt. Die Befestigung der skandinavischen Bahnhofsverhältnisse und was damit zusammenhängt, ist schon wiederholt von den städtischen Behörden mit den oberen Instanzen gefordert worden; aber es blieb bisher Alles beim Alten, denn die Abstellung dieser Mißstände würde Geldopfer erfordern, was mit dem von der Gesellschaft aufgestellten Sparmaßstabsprinzip im Widerspruch stehen würde. Es bleibt daher bei dem Wahrspruch der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft: „Immer langsam voran!“ Den Spieß der Ungerechtigkeit hat man aber durch folgende Maßnahmen bewiesen: An dem letzten Sonnabend wurde den in vorgenannter Bahnmeisterei beschäftigten Arbeitern erklärt, daß, da eine bestimmte Summe in diesem Betriebe gespart werden müsse, von jetzt ab bis auf Weiteres jeder Arbeiter zwei Tage pro Woche ausliegen müsse. Die Arbeiter verdienten bisher während der kurzen Arbeitszeit — von Morgens 7 bis Nachmittags 5 Uhr — 2,45 Mk. pro Tag oder 29 40 Mk. für die 14tägige Lohnperiode; von nun an werden sie in 14 Tagen 19,60 Mk. verdienen, womit Frau und Kinder ernährt werden sollen! Die Leute sind jetzt selbstverständlich gezwungen, Schulden zu machen, die sie im Sommer von dem „hohen“ Lohn, der 2,65 Mk. pro Tag beträgt, abzahlen müssen. Obwohl wir wissen, daß den Aktionären dieser Gesellschaft Alles schwappt, wie die Öffentlichkeit über sie denkt, glauben wir doch diese neueste Großthat unserer Lesern nicht vorenthalten zu sollen. Diese auf Kosten der miserabel bezahlten Arbeiter vorgenommene Ersparniß der Betriebskosten bedeutet ein neues Blatt im Rahmenkranz der Lübeck-Büchener! — Und wie sieht's hier in Lübeck? Etwas besser?

Gegen die Milchverheuerung. Daß eine vernünftige Gemeindepolitik außerordentlich segensreich wirken kann, ergibt sich aus folgender Meldung aus England: „Der kommunale Milchverschleiß, mit dem die Stadtgemeinde von St. Helens in England begonnen hat, erwies sich von überaus günstigem Erfolge, da sich die Kindersterblichkeit seit dem Verkauf von sterilisierter Milch durch die Gemeinde wesentlich verringert hat. Das Beispiel von St. Helens dürfte bald Nachahmung finden; in Hywood hat die Stadtvertretung bereits einen ähnlichen Beschluß gefaßt.“

Aus der Seemannsbewegung. Die hiesige Zählstelle des Seemannsverbandes hat einen von Mitgliedern eingerichteten und geleiteten Effektentransport erhalten, welcher für feste Tarife und absolute Sicherheit Garantie leistet. Das Zähllokal befindet sich nach wie vor Untertrave 60 bei T. Kruse, ferner nehmen speziell am Hafen Beiträge entgegen J. Lorenz, H. Harz und H. Cauffen. Von der Errichtung der großen Frachtdampfschiffreederei (H. C. Horn u. G.) verpricht sich der Verband einen weiteren Aufschwung der Zählstelle. Die Verhandlungsmitglieder B. Müller, Södermer und Heinrich in Hamburg sind am 28. Dezember 1900 vom Ausschuß für die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte (Sig Lübeck) als Mitglieder des für den Bezirk der freien und Hansestädte Hamburg errichteten Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung für die Zeit bis Ende des Jahres 1905 gewählt worden.

Bei der Hohenzollernfeier, welche am 18. ds. Mts. in Berlin stattfand, wird der Lübecker Senat durch sein Mitglied Dr. Eichenburg vertreten sein, während Oldenburg durch Minister Willrich sich repräsentieren läßt.

Die Prüfungen der Seeadampfschiffsmaschinen beginnen in Königsberg: am 18. April und 12. September; Danzig: am 7. Mai und 24. September; Stettin: am 26. Februar und 6. August; Rostock: am 5. März und 1. Oktober; Lübeck: am 19. Februar, 25. Juni und 15. Oktober; Flensburg: am 4. Juni und 10. Dezember; Geestmünde: am 14. Januar und 20. Mai; Bremen: am 6. Februar, 3. Juli und 23. Oktober; Hamburg: am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November.

Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Das Gastspiel der internationalen Sängerin Madame Thea Dorré erregt allgemein großes Interesse. Die exotische Künstlerin, die morgen, Donnerstag, als Nigona hier erstmalig auftritt, singt in italienischer Sprache. Die Preise für diese außergewöhnliche Vorstellung sind mäßig erhöht. Madame Dorré ist bereits hier eingetroffen und nimmt an den Vorproben Theil — Freitag findet ein Probegastspiel des Fr. Elise Gock als Ramina in der „Bauberflöte“ statt; Fr. Elise Gock ist für die nächste Spielzeit für das Fach der jugendlich-dramatischen Sängerinnen in Aussicht genommen. — Am 21. ds. Mts. ist der 50jähr. Todestag Lorching's. Direktor Gottschick hat beschloffen, zur Vorfeier dieses Tages und zu Gunsten eines in Berlin zu errichtenden Lorching-Denkmal am Sonnabend bei kleinen Preisen die Oper des verewigten Meisters, „Czar und Zimmermann“, aufzuführen.

Kleine amtliche Nachrichten. An die Stelle von Senator Dr. Bremer ist Senator Ewers in die Enteisungskommission betreffend Travendurchschnitt bei der Herrenfähre eingetreten. — In das Handelsregister ist am 15. d. Mts. eingetragen die Firma „Reinhard Grundmann“ Lübeck. Inhaber: R. B. Grundmann, Kaufmann; bei der Firma „Joseph Frankenthal“: Die Firma ist erloschen.

Holzverkäufe. Freitag, den 25. d. Mts., 1 1/2 bei Schwarzen in Blankensee: 70 Km. Eichen und Buchen Kluft und Knüppel, 100 Km. Nadelholz Kluft und Knüppel, 1200 Stück Nadelholz Schleete, Baumstämme, Bohnenstangen u., 11 Cav. stärkere Nadelholz Schleete, 8 Cav. Eichen Buchholz, 5 Km. entb. Eichen Zweigholz, 230 Hansen Eichen Zweigholz, 230 Hansen Eichen, Buchen, diverses Weichholz und Nadelholz Buch. — Dienstag, den 22. d. Mts., 1 1/2 Uhr bei Stapelfeld in Cronsförde: 75 Km. entb. Eichen Kluft und Knüppel, 11 Km. entb. Nadelholz, 24 Cav. entb. Nadelholz (Bfahl- und Stellmacherholz), 200 Stück entb. Draht- und Stadtpfähle (in 11 Cav.), 60 St. nord. Eichen Buch- und Stangenholz, 50 Hansen diverses Buchholz, 100 Hansen ausgefrorenes und trockenes Kiefern-Brennholz.

50 Km. trockenes Kiefern Knüppel, 65 Cav. Kiefern- und Fichtenstangen (Schleete, Baumstämme u.) — Am Montag, den 21. d. Mts., in den Forstorten Bohrebruch und Westoer Tannen 6 Km. Kiefern Kluftholz 16 Km. Kiefern Knüppelholz, 75 Hansen Buchstangen und Buchholz, 35 Hansen Kiefern Buchholz. Besammlung der Forster Nachmittags 3 Uhr auf dem Brandenbaumer Wege am Forstort Hammer.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der sozialdemokratische Verein in Bremerhaven verfügt über ein Vermögen von rund 1000 Mark bei einer Mitgliederzahl von etwa 600. — In Hemeltagen bei Bremen starb die Genossin Bach, welche unter dem Sozialistengesetz der Partei redlich gedient hat.

Seine Chronik der Nachbargebiete. Das Schwurgericht in Altona verurtheilte den Kaufmann Berghoff im Wiederanklageverfahren wiederum wegen Nothzucht zu 2 1/2 Jahren Gefängniß. — Drei Brände wütheten gestern in Hamburg. Im Korridorweg 3 wurde ein dreistöckiger Fachwerkbau, Lagerraum der Zuckfabrik und Syrupocherei von H. Müller zerstört. In der großen Theaterstraße 12 entbrannte im Lagerkeller der Weinhandlung von D. H. L. Feuer. Durch den Rauch, welcher sich entwickelte, wäre der vierjährige Sohn des im dritten Stock wohnenden Tischlermeisters See fast erstickt. Das Kind mußte in's Krankenhaus geschafft werden. Im Parterre des Hauses befindet sich das Bureau des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verfrachter. Endlich brannte der Dachstuhl des Hauses Krüger Steinweg 38 ab. — In Floren ist Sonnabend der vierzehnjährige Sohn des Schlachtereimüllers Glath beim Schlittschuhlaufen auf dem kleinen See ertrunken. — In Oha bei Wischberg ist die Schenke des Hofsers Prieß mit sämmtlichem Inhalt ein Raub der Flammen geworden. — Der Holzarbeiter Jährschupp aus Döhlenmoor bei Neumünster zog sich, als er sich beim Mittagessen zum Schlaf niedergelegt hatte, so schwere Brandwunden an den Füßen zu, daß er in's Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Vermerk muß doch sicher übermüde gewesen sein! — Der frühere Schreiber des Amtsvorstehers in Rüdning (Nordschleswig), Broderick, wurde von der Strafkammer in Flensburg wegen einer ganzen Reihe jahrelang betriebener Unterschlagungen zu 2 Jahren Gefängniß und 3 Jahren Exterrest verurtheilt. Das Gericht erkannte ein Entlassungsmoment darin, daß der wegen Unterschlagung schon vorbestrafte Angeklagte vom Amtsvorsteher nicht scharf genug kontrollirt worden sei. Der Gauner fand seine Opfer namentlich unter Dänen, die sich, um den germanisatorischen Blatereien zu entgehen, naturalisiren lassen wollten. — In Rostock geriet ein Kaufmannslehrling beim Schlittschuhlaufen in offenes Wasser und ertrank. — Auf der Altonaer Allee nach Heitken bei Lübz erlitt die auf einer Lowry heimfahrende Arbeiterfrau Schlieemann beim Abspringen von dem Wagen, dessen Bremse auf abschüssiger Bahn versagte, so schwere Wunden, daß sie starb. — Die Wuthschakteria von Deven bei Warena, von deren Brandunglück wir berichteten, ist ihren Verlegungen erlegen. — In der Nähe von Süllze wurde der Revierjäger Schwarz aus Schulenberg von drei Wölfen im Dunkeln überfallen und schwer mißhandelt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Gutin. Die Landtagsersatzwahlen für den verstorbenen Abgeordneten Huchting und den in's Finanzministerium eingetretenen Abgeordneten Dr. Meyer, Amtshauptmann zu Westerheide, sind auf den 5. Februar angelegt. Wir wollen sehen, ob die Freisinnigen Anstalten machen, um zwei wirklich freisinnige Männer in den Landtag an Stelle jener hineinzubekommen. Die Sozialdemokratie ist in dem ausgedehnten Landtagswahlkreis organisatorisch zu schwach, um Einfluß auf die Wahl zu bekommen.

Valente. Der Protest der hiesigen Genossen gegen die Gemeinderathswahl ist von der Regierung verworfen worden. Da das betr. Schreiben uns nicht vorliegt, so können wir über die Gründe noch nichts mittheilen.

Briefkasten. Fr., Schlutup. Wir kommen dem Wunsche nach, mitzutheilen, daß Schröder krank ist und die Ursache der Krankheit späterhin mitgetheilt werden wird. Was das bedeutet, verstehen wir freilich nicht.

Eisenbahn-Wiesbaden. Der Schwemhandel verlief gut. Zuführt wurden 2520 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Senfweine — Mk. Westphalensener 54—55 Mk., leichte 54—55 Mk., Sauer 47—52 Mk. und 49—53 Mk. — 100 Stk. Der Kälberhandel verlief gut. Zuführt wurden 1370 Stück. Preise: Beste 90—103 Mk. geringere 60—80 Mk. pr. 100 Pfd.

Zum 1. April eine kleine Wohnung zu vermieten. Erndstraße 17.

Zu sofort ein kräftiger Laufjunge in der Nähe der Hauptstraße zum Brodenstragen. Näheres Erndstraße 93.

Sogleich ein Junge nach d. Schulzeit. Hauptstraße 64.

Verloren eine Tasche mit Portemonnaie und Inhalt. Abzugeben Hauptstraße 32a.

Derjenige, der Sonntagabend einen verheiratheten Hund aus dem Vereinshaus mitgenommen hat, wird ersucht, denselben dorthin wieder abzugeben, da derselbe erkrankt ist. Wibrigsen, et ser. bel. wird.

Seine Auktion über 20 Auktionsgegenstände werden.

Anzüge, Lodenjoppen und Herren-Ueberzieher. Hauptstraße 14.

Joachim Ch. B. Schmeckl, Auctionator und Taxator.

Gesundheitslehre in Staat, Gemeinde u. Familie.

Von Emanuel Warm, unter Mitwirkung von Herden und Fiedler. Erhält in 25 Lieferungen à 20 Pfg. Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Der illustrierte Neue Welt-Kalender für das Jahr 1901. Preis pro Exemplar 40 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50.

General-Versammlung der Kranken- u. Sterbekasse Amicitia (E. S. 18) am Sonntag den 19. Januar. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht und Abrechnung. 2. Wahl. 3. Beschlußes. Der Vorstand.

Verband der Zimmerer. Regelmäßige Versammlung am Donnerstag den 17. d. Mts. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Tages-Ordnung unter Anderem: 1. Bericht der Bauarbeiterschützungs-Kommission. 2. Die Arbeitslosenunterstützungsfrage. Der Vorstand.

Rum in bekannter guter Qualität empfiehlt. J.P.H. Grube Nchl., 35 Engelwisch 35.

ELYSIUM. Am 17. Januar 1901: Ball der Bedienung. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Die Bedienung.

Stadt-Theater. Donnerstag den 17. Januar. 107. Vorst. Außer Abon. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel der internationalen Sängerin Madame Dorré von der Royal Opera (Convent Garden) in London. Mignon. Freitag den 18. Januar. 108. Vorst. 84. Abon. 16. Freitags-Abon. Probegastspiel Elise Gock. Die Zauberflöte.

Die Opfer der Industrie.

Der Weg der großen Industrie geht über Blut und Leiden. Die Berichte der Berufsgenossenschaften geben in trockenen Zahlen ein erschreckendes Bild davon. Die Verherrlicher der bestehenden Zustände renommieren fleißig mit den Millionen Mark, die auf Grund unserer Versicherungsgesetze den unglücklichen Opfern gezahlt werden müssen — zum wesentlichen Theil von ihren eigenen Beiträgen — von der Unsumme von Jammer und Elend, die sich dahinter verbirgt, reden sie nicht.

Nach den jetzt vorliegenden Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1899 kamen im Jahre 1899 443313 Unfälle zur Anmeldung, das sind bei 17847642 Versicherten auf je 40 Versicherte ein Verunglückter. Die Entschädigung der meisten Verunglückten blieb den Krankenkassen überlassen, was bedeutet, daß die Arbeiter selbst zum weitans größten Theil die Kosten dafür zu tragen hatten. Der Entschädigung durch die Berufsgenossenschaften — das heißt also der Unfälle, deren Folgen nach 13 Wochen noch nicht beseitigt waren — verblieben nur 106036. Die Uebersichten der Berufsgenossenschaften rechnen nur mit den Unfällen, die von ihnen entschädigt worden sind. Wenn man die nachfolgenden Zahlen betrachtet, muß man sich immer das eben Gesagte vergegenwärtigen: daß nämlich die Zahl der durch die Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle nur ein geringer Bruchtheil der wirklich vorgekommenen Unfälle sind. Trotzdem sind es erschreckende Summen, die da herauskommen. Seit dem Jahre 1886, also in 14 Jahren, wurden für 809518 Unfälle Entschädigungen festgestellt. Darunter befanden sich 81881 tödtliche; 29200 Verunglückte wurden vollständige Krüppel und 426336 Theilkrüppel. Dabei muß man namentlich die Zahl der vollständigen Krüppel noch mit großer Vorsicht aufnehmen, wie wir noch zeigen werden. Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, daß die Zahl der Unfälle nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der Versicherten beständig steigt und wir haben auch die Uebersichten des Reichsversicherungsamts über die Ursachen dieser Erscheinung mitgeteilt. Darunter befindet sich auch die, daß die zuständigen Organe — Berufsgenossenschaften, Schiedsgerichte, Reichsversicherungsamt — eine immer wohlwollendere Praxis bei Feststellung der Unfallentschädigungen üben. Dieses „Wohlwollen“ bezweifeln wir mit dem „Vorwärts“, dem wir diese Zeilen entnehmen, sehr entschieden.

Entschädigungsberechtigte Unfälle wurden im Jahre 1886 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 280 auf 1000 versicherte Personen festgestellt, während diese Zahl im Jahre 1899 auf 7,39 gestiegen ist. Die Steigerung der Verhältniszahl beträgt 164 pCt. Die Zahl der Todesfälle weist verhältnismäßig geringe Schwankungen auf und vor Allem keine dauernde Steigerung auf. Sie betrug auf 1000 Versicherte 0,70 im Jahre 1886, erreichte den höchsten Stand mit 0,77 im Jahre 1887, den tiefsten Stand mit 0,65 in den Jahren 1892 und 1894 und betrug 0,72 im Jahre 1899.

Die Zahl derer, die als dauernd theilweise erwerbsunfähig behandelt wurden, stieg von 1,09 auf 3,58 für je 1000 Versicherte, die Zahl der als dauernd völlig erwerbsunfähig Behandelten, der Ganzkrüppel, ist — ab-

*) Die Zahl bleibt hinter der Wirklichkeit noch um etliche Tausende zurück. Es fehlen darin die bei den Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften Verunglückten, die in dieser und den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt sind, weil Vergleichen mit der Zahl der Versicherten anstellt werden und diese für die Versicherungsanstalten zu schwach und daher nicht festgestellt sind. Im Jahre 1899 entfielen auf die Versicherungsanstalten 1225 entschädigte Unfälle.

gesehen vom Jahre 1887 — in beständigem Rückgang begriffen; sie betrug 0,44 auf 1000 Personen 1886 und 0,09 1899. Der Durchschnitt für 1886/98 beträgt 0,28. Die Zahl der theilweise dauernd Erwerbsunfähigen ist also viel stärker gestiegen, wie die der Verunglückten überhaupt, während die Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen außerordentlich zurückgegangen ist. Bei den großen Zahlen, die hier in Frage kommen und dem nicht kleinen Zeitraum, auf den sich die Angaben beziehen, sollte man doch eine annähernde Gleichartigkeit in der Entwicklung der Zahlenverhältnisse voraussetzen dürfen. Diese annähernde Gleichartigkeit gewinnt man auch sofort, wenn man beide Gruppen der dauernd Erwerbsunfähigen zusammenwirft. Da ergibt sich für 1886: 1,53, für 1899: 3,67 auf 1000 Versicherte; das bedeutet eine Steigerung um 140 pCt. bei 164 pCt. Steigerung der entschädigten Unfälle überhaupt.

Nimmt man die Erfahrung zu Hilfe, die Jeder täglich macht, der als Vertrauensmann der Arbeiter in die Lage kommt, in Unfällen um Rath und Hilfe angegangen zu werden: daß nämlich die Berufsgenossenschaften, Vertrauensärzte u. immer mehr geneigt werden, Verunglückte und in ihrer Erwerbsfähigkeit Beeinträchtigte als Simulanten zu behandeln, einen Theil Erwerbsfähigkeit vielfach auch bei solchen noch anzunehmen, die für jeden Unbefangenen zweifellos völlig erwerbsunfähig sind, dann findet man die Erklärung für diese Thatsache. Die Schwere der Unfälle bleibt in ungefähr gleichem Verhältnis mit der Zahl der Unfälle überhaupt; die Rentenfeststellungsorgane aber gewinnen immer größere Virtuosität darin, einem vollständigen Krüppel noch einen Theil Erwerbsfähigkeit anzudichten und ihn auf Theilrente zu setzen. Man kann ruhig annehmen, daß die Zahl der Ganzkrüppel in der Zahl 1297 für 1899 und 29200 für 1886 bis 1899 noch nicht erschöpft ist, nur bekommen sie nicht Alle die ihnen gebührende volle Rente. Die Vermehrung der Unfälle hat mit Wohlwollen bei den Rentenfeststellungs-Organen gar nichts zu thun; dagegen ist die Frage erlaubt, ob neben den sonstigen vom Reichsversicherungsamt vermutheten Ursachen nicht auch die Methode des Herrn Laeisz, nur recht viel schöne Vorschriften zu erlassen und im Ubrigen Alles gehen lassen, stark beihilft ist. Als wesentlichste Ursache ist aber sicher die steigende Anspannung der Arbeitskräfte als Folge des industriellen Aufschwungs zu nennen. Dem muß eine vermehrte und verschärfte Ueberwachung der Betriebe auf Beobachtung der vorhandenen und eine fortschreitende Verbesserung der Unfallverhütungs-Einrichtungen entgegengesetzt werden.

Der früher schon konstatierte Rückgang in der Höhe der gezahlten Renten hält auch weiter an. Dieser Rückgang ist seit 1887 durchaus stetig und ununterbrochen. Von den bezahlten Entschädigungen entfielen auf einen entschädigungsberechtigten Verletzten 237,17 Mk. im Jahre 1886 und 144,37 Mk. im Jahre 1899. Diese Summe enthält aber noch mehr wie die an Verletzte gezahlten Renten. Es wurden nämlich im Jahre 1899 an 449919 (ganz oder theilweise) erwerbsunfähige Verletzte nur 51501054 Mark bezahlt, so daß der Durchschnittsbetrag der Rentenzahlung nur reichlich 112 Mk. für einen Verletzten ausmacht. Damit kann der „Staat der Sozialreform“ wahrlich nicht renommiren.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Former in Quakstedts Maschinenfabrik in Pottbus streiken. Sie verlangen die Bezahlung des ohne ihr Verschulden entstandenen Ausschusses mit zwei Drittel des Arbeitspreises. Die Firma muthet ihnen zu, schon ausgezahlte Löhne für nach Berlin gelieferte Gußtheile, die angeblich Ausschuss sind, zurück zu zahlen. Natürlich fehlt den Arbeitern jede Kontrolle.

Bei den Wahlen zum Kuratorium des Ar-

beitsnachweises der Brauereien Berlins, die Sonntag stattfanden, siegte die Liste der im Centralverband organisirten Brauer.

Vom behördlichen Kampf gegen das Koalitionsrecht. Die Magdeburger Eisenbahn-Verwaltung, deren Hochachtung vor dem Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter durch die Maßregelung von 37 Arbeitern genügend bekannt geworden ist, hat nun auch den Beistand der Staatsanwaltschaft gefunden. Diese erblickt nämlich in einer Notiz, in welcher die Magdeburger „Volksstimme“ die Eisenbahnarbeiter aufforderte, nur ruhig dem Verbands treu zu bleiben, auch wenn sie sich durch Unterschrift verpflichtet haben sollten, keinem staatsgefährlichen Verein beizutreten, einen Verstoß gegen den § 110 des Strafgesetzbuches. (Aufsorderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder behördliche Anordnungen.) Der Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Ritsch hatte dieserhalb bereits eine Vernehmung. Es wird zu entscheiden sein, ob der Eisenbahner-Verband ein staatsgefährlicher Verein und das Verbot der Zugehörigkeit zu demselben eine rechtmäßige Verordnung ist, das heißt mit anderen Worten: Es wird entschieden werden, ob die Eisenbahner ein Koalitionsrecht haben oder nicht.

Wegen Berufserklärung angeklagt und freigesprochen zu werden, dieses Glück hatte der Vorsitzende des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes zu Aachen. Bei Gelegenheit eines Streiks hatte er sich zu einem Barbier, dessen Frau Streikbrecherdienste leistete, begeben, und denselben aufgefordert, dahin zu wirken, daß seine Frau auch die Arbeit einstelle. Würde seine Frau weiter arbeiten, so käme die Sache in einer Versammlung zur Sprache, und die Folge sei, daß kein Weber sich mehr bei ihm rasiren lasse. Diese Aeußerung wurde zur Anzeige gebracht und der Vorsitzende wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu einem Tage Gefängniß verurtheilt. Gegen dies Urtheil legte der Verurtheilte, aber auch der Amtsanwalt, welcher 6 Wochen Gefängniß beantragt hatte, Berufung ein. Die beiderseitige Berufung wurde zurückgewiesen. Jetzt meldete der Vorsitzende Revision beim Oberlandesgericht in Köln an. Die Revision hatte Erfolg, und gelangte das Oberlandesgericht zu der Ansicht, daß von der Strafkammer in Aachen der Begriff der Drohung verkannt worden sei. Es hätte festgestellt werden müssen, ob der Angeklagte selbst auf die Herbeiführung der von ihm in Aussicht gestellten Maßregel habe einwirken wollen. Aus dem Grunde wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstanz zurückgewiesen. In der Sitzung der Strafkammer vom 11. Januar kam es zur Freisprechung des Vorsitzenden. Sämmtliche Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt. Der Thatbestand des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung konnte nicht festgestellt werden. Solche Richter sind jedem „Streikführer“ zu wünschen.

Wegen Beleidigung der Mitglieder der Staatsanwaltschaft zu Bremen hatte sich am Sonnabend der frühere verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Genosse Haupt, vor dem Landgerichte zu verantworten. Im September v. J. erschien in der „Volksstimme“ eine Notiz unter der Spitzmarke: „Ein geohrfeigter Staatsanwalt.“ Darin wurde erzählt, ein durch seine Verfolgungen der Presse bekannter Bremer Staatsanwalt sei eines Tages von zwei Arbeitern, die auf seine Veranlassung unschuldig verhaftet waren, auf dem Gerichtskorridor geohrfeigt worden. Der erwähnte Vorgang soll durchaus unwahr und aus der Luft gegriffen sein. Der Angeklagte bestritt irgendwelche beleidigende Absicht gehabt zu haben. Er will die Notiz in einer großen Anzahl auswärtiger Zeitungen gelesen und sie nur aufgenommen haben, weil er sie für wahr gehalten habe. Nur durch das Zureden seines Beleidigers und nach schwerem Kampfe ließ der Angeklagte sich bewegen, eine der Zeitungen vorzulegen, um den schärferen Vorwurf zu entkräften, als habe er selbst sich die Geschichte sozulegen aus den Fingern gezogen. Der Vertreter der Anklagebehörde führte aus, der Angeklagte habe sich fraglos des Vergehens

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ich habe mit Dir gefühlt und gelitten, Liebling,“ erwiderte die Mutter, „aber die mildernde Hand der Zeit und die nähere Prüfung Wolfgangs hat meine Abneigung gegen diese Verbindung um Vieles abgeschwächt — freilich keineswegs beseitigt. Während der häufigen Besuche Deines Bräutigams hatte ich hinreichend Gelegenheit, sein Herz und seinen Charakter zu prüfen, und ich habe gefunden, daß die ihm nachgesagten üblen Eigenschaften stark übertrieben, wenn nicht gar böswillig erfunden worden sind. Er hat sogar ein recht liebenswürdiges, zuvorkommendes Benehmen an den Tag gelegt, und ich zweifle gar nicht, daß er Dich zärtlich und aufrichtig liebt und gewiß auch bestrebt sein wird, Dich glücklich zu machen und Deine Liebe zu gewinnen.“

„So haben seine Heucheleien, welche er anwenden mußte, um sich beliebt zu machen und alle Bedenken zu zerstreuen, auch Dein Herz befehrt. — Doch davon wollen wir gar nicht einmal sprechen. Wäre er der gerühmte, edle und ehrenhafte Mann, so hätte er zunächst mich fragen müssen, ob ich ihm aufrichtige Gegenliebe bieten kann, ob ich sein Weib werden wolle, und auf meine Verneinung hin hätte er dann so viel Ehr- und Zartgefühl haben müssen, zurückzutreten. Das wäre gewiß groß, edel und ehrlich gehandelt. Ganz im Gegentheil hatte er von Anfang an in unverschämter Annäherung unsere Zusammengehörigkeit als etwas so Natürliches und Selbstverständliches betrachtet, als hätten wir uns schon seit der Kindheit fest verprochen, daß er eine ehrenhafte Frage nicht einmal für nöthig hielt und es ganz meinem Vater überließ, den schmucklosen, echt kaufmännischen Ver-

handel zu Ende zu führen. Kannst Du da noch von Liebe sprechen?“

„Das Unglück läßt Dich allzu hart urtheilen, Kind. Wenn Du ihn nicht liebst, nicht lieben zu können vermeinst, Wolfgang Emden liebt Dich gewiß und wird Dich glücklich machen. — Frage ferner Deinen Verstand, ob ein ungeliebter, aber sonst tadelloser Mann nicht diesem Anton Hager vorzuziehen ist, den ich ja herzlich bedauere, dem man aber einen Mord zusagt? Der, so brav und ehrbar er vordem gewesen sein mag, heute als ein schlimmer Umstürzler, Aufwiegler und Volksverführer, wie Dein Vater sagt, bekannt ist, zu Gewaltthatigkeiten neigt, vom Glauben an Gott und der Welt abtrünnig geworden ist, überall Unfrieden zu stiften sucht und auf dem der Makel einer schweren Strafe haftet? Könntest Du mit solchem Manne glücklich leben?“

Das bis dahin todtensblasse Gesicht des jungen Mädchens überzog sich mit glühendem Roth, ihr Körper bebte und in den Augen flammte wilde Empörung auf.

„Es ist genug Mutter,“ rief sie heftig, „gerade genug, um Anton und mich auf das Tiefste zu beleidigen. Auch Du sprichst die verbrechlichen Schmähungen noch gegen den Mann, der ungeachtet aller schändlichen, nichtswürdigen Verleumdungen tausendmal reiner, edler und makelloser dasteht als alle Diejenigen, die es wagen, über ihn Gericht zu halten. Will die feigen Angriffe auf seine Ehre seitens der Menschen, die selbst jeder edlen Anschauung, jeder Sitte und Moral bar, können meinen Glauben an ihn nimmermehr erschüttern. Ihm nur gehört meine Liebe und so wenig achtest Du die heiligsten Gefühle Deines Kindes, daß Du mein Herz durch das Nachreden dieser ungerechten Verleumdungen verwundest? — O, nun weiß ich, daß ich auch meiner letzten Stütze, der letzten Hoffnung beraubt bin, des Mutterherzens, daß ich allein, ganz allein sitze in meinem Jammer und Elend.“

Die Mutter, wohl einsehend, daß ihre Worte höchst verlegend wirken mußten, trat nun hastig zu ihr, nahm ihren Kopf zwischen die Hände und sagte weich und liebevoll:

„Ich wollte Dich nicht kränken, mein Liebling, und Erinnerungen in Dir wachrufen, welche Dich in dieser Stunde schmerzlich treffen müssen — und nun beruhige Dich nur und fasse Muth. Jetzt ist's zu spät, in dieser Stunde läßt sich nichts mehr ändern.“

Margarethe trocknete mit dem weißen Spizentuch die hervorquellenden Thränen, und, das Haupt erhebend, rief sie voll Bitterkeit:

„Freilich, jetzt ist alle Hoffnung vorbei. Die Würfel sind gefallen. Ich habe meine Kindespflicht erfüllt, mein Wort gegeben und ich werde es halten, mag mein Herz auch verbluten. In einer halben Stunde kommt der Bräutigam, den ich lieben soll — vielleicht auf Befehl. Der Käufer holt sich seine Waare. Es ist ein eigenartiger Handel, solch ein Handel mit Menschen: Der Käufer erhält zu der Waare noch einen großen Saß voll Geld, macht also ein sehr gutes Geschäft.“

„O, sei ruhig, Kind, ich bitte — Du marterst Dich und mich,“ sagte Frau Brigitta trübe. — „Nun muß ich Dich verlassen und nachsehen, ob zum Wahl Alles vorbereitet ist und nichts fehlt.“

Auf die Tochter zutretend, und ihr schluchzend die Stirn küßend, sagte Frau Brigitta:

„Dies ist der letzte Augenblick, wo wir allein sein können. Nimm meine heißesten und besten Wünsche für Dein ferneres Wohl mit auf den Weg, mein Liebling. Meine Wünsche werden Dich wohl wenig befriedigen, aber bemühe Dich, das Unvermeidliche mit Ergebung und Geduld zu tragen, dann wirst Du auch in dieser Ehe das Glück finden, nach dem Dein Herz sich sehnt. Wollte Gott, es könnte Alles anders sein.“

